

# Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt und Anzeiger

Originals jeden Freitag nachmittags. — Fernsprecher Nr. 11. —  
Postfach Nr. 2344. — Generalabteilungsleiter 14. —  
Verantwortlich: Dr. Erich Frisch. —  
Korrespondenten: Dr. Erich Frisch, Dr. Erich Frisch, Dr. Erich Frisch.

Bei Plagen, Krankheiten, Unglücken usw. wird der Beistand  
in Rechnung gestellt. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder  
sonstiger irgend welcher Natur der Betrieb der Zeitung, der  
Anzeigen oder der Verlagsanstalten — hat der Be-  
steller keinen Anspruch auf Rückerstattung oder  
Rückzahlung oder auf Ersatzung des Bezugspreises.

Hohenstein-Ernstthaler Zeitung, Nachrichten und Neueste Nachrichten

Generalanzeiger für Hohenstein-Ernstthal mit Stüttengrund, Oberlungwitz, Gersdorf,  
Gersdorf, Bernsdorf, Mülsdorf, Langenberg, Reinsdorf, Falken, Vangenschurndorf,  
Reichenbach, Callenberg, Grumbach, Tirschnitz, Ruchsnappel, St. Egidien, Wilsenbrand,  
Gräna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleiße und Ruzdorf.



Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts, Finanzamts und  
des Stadtrats zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortsgemein-  
schaften.  
Druck und Verlag von Dr. Urban Frisch.  
Verantwortlich für die Schriftleitung Dr. Erich Frisch, für die Anzeigen Otto Koch

Nr. 247 | Bezugspreis wöchentlich 750 Millionen einchl. Zehnerlohn | Montag, den 22. Oktober 1923 | Grundzahl für die Begehrte 50, für die  
Wettamteile 150, für Naquies 50. | 73 Jahre.

## Ein Konflikt Bayerns mit dem Reiche.

In Deutschlands schwerster Zeit haben sich  
Mißhelligkeiten zwischen Bayern und dem  
Reiche herausgebildet, die dringend nach einer sofortigen  
Lösung verlangen. Wir geben im Nachstehenden zunächst  
historisch die Entstehung und Zuspitzung des Konfliktes:  
Die Reichsregierung hatte an Herrn von Raht das  
Erwachen gerichtet, den „Böllischen Beobachter“ zu  
verbieten. Als dies Raht ablehnte, erfolgte das Ver-  
bot durch den Reichswehrminister selbst. Nachdem erschien  
der „Böllische Beobachter“ weiter. Nunmehr erteilte General  
von Seekt Herrn von Raht den Befehl, das  
Verbot auszusprechen und durchzuführen. General von Los-  
sow hat aber in einem offenen Telegramm an General  
von Seekt die Ausführung dieses Befehls abgelehnt und  
zugleich auch für alle Zukunft die Ausführung jedes Be-  
fehls verweigert, der ihn in einen Konflikt mit der  
bayerischen Regierung bringen könne. Nun-  
mehr erteilte General von Seekt dem bayerischen Wehr-  
streitkommandeur, daß er sein Vertrauen nicht mehr habe  
und seinen Abschied nehmen müsse. Das tat aber  
Herr von Raht nicht, er wandte sich vielmehr an die  
bayerische Regierung und teilte dann mit, daß Minister-  
präsident von Knilling sich mit der Reichsregierung ins Be-  
nehmen setzen würde. In dieser Rechtsausführung eines an  
Herrn von Raht ergangenen Befehls erblickte die Reichs-  
regierung eine Verletzung der Disziplinpflcht des Gene-  
rals. Um die Spannung zu beseitigen, begab sich Wehr-  
minister Dr. Geßler nach Augsburg — er war früher  
dort Bürgermeister — und hatte dort eine Unterredung mit  
dem Raht untergeordneten General v. Kressenstein. Bei  
dieser Unterredung soll nun Geßler mit der Abriegelung  
Bayerns vom Reichsgeld und Reichs-  
eisenbahn und dem Telegrammverkehr ge-  
droht haben. Jederfalls erblickte die bayerische Regierung  
in dieser Unterredung eine Provokation, die sie zu  
der Mitteilung an die Reichsregierung veranlaßte, daß sie  
jeden weiteren Verkehr mit dem Reichswehrminister und  
dem General von Seekt ablehnte. Daraufhin hat der  
Reichswehrminister den General v. Raht vom Dienst  
entlassen und seine Verabschiedung eingeleitet.  
Mit der vorläufigen Fällung der 7. Division des Reichs-  
heeres wurde der dienstälteste bayerische Offizier Generals-  
major Kressenstein beauftragt. Es fanden dann  
am Sonntagabend weitere Verhandlungen zwischen Bayern  
und dem Reichswehrminister statt, die sich jedoch abermals  
zerstört haben. Nach einer Meldung aus Mün-  
chen legte am Sonntagabend Herr v. Raht Vertreter  
der Presse die Motive dar, die die bayerische Regierung zu  
ihrem bedeutungsvollen Schritt veranlaßt haben. Er be-  
tonte dabei, daß sie jeden Separatismus und  
Partikularismus weit von sich weise. Sie  
habe ihre Stellungnahme für eine nationale Pflicht gegen  
den Internationalismus und Marxismus; nicht gegen das  
Reich, sondern nur gegen das Vorgehen der Reichsregie-  
rung richtet sich dieser Schritt. Jetzt müsse zwischen deutsch  
und nichtdeutsch gewählt werden. Die bayerische Regierung  
kämpfe für den großen deutschen Gedanken.  
Es wurde sodann den Vertretern der Presse ein Exposé  
verlesen, das die Entwicklung der Angelegenheit Raht  
seit ihren ersten Anfängen darlegte und an verschiedenen  
Stellen eine Korrektur der Darlegungen der Reichsregie-  
rung bedeutete. Am Schluß wurden zwei Aufrufe,  
die am Sonntagmorgen angeschlagen wurden, mitgeteilt, zu-  
nächst ein Aufruf des Gesamtministeriums. Er  
lautet:

### An das bayerische Volk!

Reichswehrminister Dr. Geßler hat als Inhaber der  
vollziehenden Gewalt für Bayern zwar den militärischen  
Befehlshaber, aber keinen Zivilkommissar ernannt. Dadurch  
hat er das bereits vorher bestellte Staatskommissariat für  
Bayern anerkannt. Gleichwohl hat der Reichswehrminister  
den General von Raht in einer Angelegenheit, die zwei-  
fellos zur Zugehörigkeit des bayerischen Generalkommissa-  
riats gehört, einen Befehl erteilt und hierdurch in die  
Polizeihohheit Bayerns eingegriffen. General  
von Raht hat sich in der hierdurch gegebenen schwei-  
rigen Lage in der loyalsten Weise mit der bayerischen Re-  
gierung in Verbindung gesetzt, die ihrerseits die Weiter-  
behandlung der Angelegenheit nach des politischen Seite für  
geboten erachtete und die Reichsregierung nachdrücklich auf

die schweren Folgen einer etwaigen Maßrege-  
lung des Generals von Raht hinwies. Gleichwohl  
hat das Reichswehrministerium die Angelegenheit rein  
militärisch betrachtet und den General von Raht seines  
Dienstes entbunden. Die bayerische Staatsregierung konnte  
diese Maßnahmen unmöglich hinnehmen und hat daher  
im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe  
und Ordnung in Bayern und zur Wahrung der bayeri-  
schen Belange bis zur Herstellung des Einvernehmens zwi-  
schen Bayern und dem Reiche den bayerischen Teil der  
Reichswehr ihrerseits als Treuhänderin des deut-  
schen Volkes in Pflicht genommen, den General  
von Raht als bayerischen Landeskom-  
mandanten eingesetzt und mit der Weiterführung  
der bayerischen Division beauftragt. Das bayerische Volk  
wird diesen, auch in wohlverstandenen Reichsinteresse ge-  
legenen Schritt, der zur Wahrung der Würde und des An-  
sehens Bayerns bereits gegebenen Sachlage unvermeidlich  
war, Verständnis entgegenbringen.

Der zweite Aufruf ist ein Aufruf des General-  
staatskommissars von Raht. Er lautet:

Das Reichswehrministerium hat versucht, den baye-  
rischen Landeskommandanten General von Raht unter  
Drohungen gegen Bayern zur Abdankung zu  
zwingen. Die Verwahrung der bayerischen Staatsregierung  
hat der Reichswehrminister mit der sofortigen Dienstent-  
hebung des Generals von Raht beantwortet. Bayerns  
Staatsregierung und der Generalstaatskommissar wissen sich  
eins. Mit allen Deutschen gemindert werden sie eine solche  
Maßnahme ablehnen. Bayern betrachtet es als seine heil-  
ige Pflicht, in dieser Stunde eine Hochburg des be-  
drängten Deutschland zu sein. Die bayerische  
Staatsregierung hat deshalb im Einverständnis mit dem  
Generalstaatskommissar den General von Raht mit der  
Führung des bayerischen Teiles der Reichswehr betraut.  
Bayern, Deutsche, bleibt treu der hehren Aufgabe, unserem  
deutschen Vaterlande die innere Freiheit wieder-  
zugeben.

### Ueber den Standpunkt der Reichsregierung

Ueber den Standpunkt der Reichsregierung  
hört „W. T. B.“ folgendes:  
„Die neueste Maßnahme der bayerischen Regierung stellt  
zweifellos einen glatten Bruch der Reichsver-  
fassung dar. Es ist tief bedauerlich, daß eine  
verantwortliche deutsche Landesregierung in einer Zeit  
schwerster außenpolitischer Not des Vaterlandes Sonder-  
wünsche und Sonderinteressen gegenüber der  
Gesamtheit des Reiches durchsetzen zu sollen glaubt und  
damit dem Reich und der Reichsregierung die Zusammen-  
fassung aller Kräfte gegen den von außen kommenden Zer-  
störungswillen außerordentlich erschwert.“

### Entspannung.

Eine Meldung aus Berlin vom Sonntagabend will  
wissen, daß in dem Konflikt eine entspannende Ent-  
spannung eingetreten sei. Eine Neuveridigung der  
Truppen der 7. bayerischen Division hat nicht stattgefun-  
den und ist nicht geplant. Dem Betnehmen nach wird  
beabsichtigt, die verschiedenen, in letzter Zeit getre-  
tenen gegenseitigen Auffassungen zwischen dem Reiche und  
Bayern zum Gegenstand der Erörterungen in einer Sitzung  
des Reichsrates zu machen, um einen dem Interesse  
des Reiches, Bayerns und der übrigen Länder gerecht wer-  
denden Ausgleich zu ermöglichen.

### Eine Erklärung der Reichsregierung.

Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf:  
Am dem Tage, an dem die deutschen Vertreter im  
Ausland den sämtlichen Mächten eine Erklärung über die  
außenpolitische Lage abgaben, um die Aufmerksamkeit der  
Welt auf die durch Frankreichs Verhalten geschaffene un-  
erträgliche Not an Rhein und Ruhr hinzulenken, und in  
der die Zusammenfassung aller Kräfte mehr als je not-  
wendig ist, um gegenüber dem äußeren Gegner fest zu  
bestehen, hat es die bayerische Staatsregierung für richtig  
erachtet, einen offenen Verfassungsverbruch und  
innere Kämpfe im Reiche herbeizuführen. Der  
Ausgangspunkt dieser Kämpfe war die Entscheidung darüber,  
ob die militärische Disziplin, auf der jede Armee aufgebaut  
sein muß, auch im heutigen Deutschland Geltung haben  
soll oder nicht. Gerade die bayerische Regierung, die den  
Gedanken der Wehrhaftmachung des Volkes wiederholt ver-

treten hat, müßte sich klar darüber sein, daß die Aufrecht-  
erhaltung der Disziplin in der Armee die Grundlage jeder  
Wehrhaftmachung ist und sein muß, gerade die bayerische  
Regierung, die wiederholt in den Ausführungen des Gene-  
ralstaatskommissars von Raht die Bewährung des natio-  
nalen Gedankens für sich speziell in Anspruch nahm,  
müßte sich klar sein, daß „national sein“ vor allen  
Dingen heißt: in Zeiten der Not Geschlossenheit im Innern  
zu bewahren und Sonderwünsche und Sonderinteressen da-  
hinter zurückzustellen.

Mit dem vom Generalstaatskommissar von Raht in die  
Öffentlichkeit geworfenen Gedanken des Kampfes gegen den  
Marasmus hat die in Rede stehende Frage gar nichts zu  
tun. Der Chef der Heeresleitung und der Reichswehrmini-  
ster haben bei ihrem Kampfe für die Autorität in der  
Reichswehr lediglich für diese Idee, nicht für irgendwelche  
parteipolitische Einstellung gekämpft. Das gleiche gilt von  
der Reichsregierung, die sich bis zum Neuesten bemüht  
hat, durch weitestgehende Ausnutzung von Verständigungs-  
möglichkeiten jeden Bruch zu vermeiden. Mit Entschie-  
denheit und Enttäuschung weist die Reichsregierung  
den Versuch des Generalstaatskommissars zurück, die Ent-  
scheidung der bayerischen Staatsregierung als den Kampf  
einer nationalen und christlichen Weltanschauung gegen  
eine marxistisch-internationale Einstellung hinzustellen. Es  
ist unerhört, wenn in der Zeit, in der die Reichsregierung  
die Kraft des ganzen Volkes zur Erhaltung des  
Deutschtums gegen den französischen Ver-  
nichtungswillen braucht, der Generalstaatskommissar  
glaubt, die Brandfackel der Zwietracht in das deutsche  
Volk dadurch hinwerfen zu können, daß er davon spricht,  
es handle sich letzten Endes um die Frage „Sind deutsch  
oder nichtdeutsch“. Es gibt innerhalb der Reichsregierung und  
außerhalb der Millionen von Volksgenossen, die hinter ihr  
stehen, niemand, der den Kampf, um den es sich han-  
delt, anders als unter deutschem Gesichtspunkt ansieht.  
Im Kampfe um die Erhaltung der Reichseinheit fordern  
wir alle Deutschen auf, den Erregern der Zwietracht ent-  
gegenzutreten, im Kampfe für das einigste was uns gegen-  
über der uns angedrohten Vernichtung des deutschen Vol-  
kes geblieben ist: für das Deutsche und für die  
deutsche Einheit!

## Ausrufung der rheinischen Republik in Aachen.

Eine Meldung der Belgischen Telegraphen-Agentur be-  
sagt, daß Sonntag früh 4 Uhr alle öffentlichen Gebäude  
der Stadt Aachen von den Separatisten besetzt  
worden seien, ohne daß die Schutzpolizei Widerstand ge-  
leistet hätte. Weiter wird gemeldet, daß eine Kund-  
gebung der sogenannten vorläufigen Regierung der Be-  
völkerung Lebensmittel und Arbeit zusichere. Man nehme  
an, daß die Separatisten sich zunächst nach Norden in  
die belgische Zone wenden würden, sodann wahr-  
scheinlich in die englische und französische  
Zone.

Wie es scheint, hat bei dem Wunsch, der sich zurzeit  
auf Aachen beschränkt und in keinem anderen rheinischen  
Dreieck Unterstützung gefunden hat, Belgien seine  
Hände im Spiele. Wenigstens wußte der Brüsseler  
„Eclair“ schon am Sonntagabend zu melden, daß am Son-  
ntag in Aachen die Ausrufung der rheinischen Republik vor-  
sich gehen werde.

### Keine deutsche Verbalnote.

Mehrere Zeitungen berichten, daß die deutschen diplo-  
matischen Vertreter in den europäischen Hauptstädten und  
in Washington angewiesen worden seien, den fremden  
Regierungen eine Verbalnote zu überreichen, in der  
mit aller Deutlichkeit die Gefahren der franzö-  
sischen Politik erörtert würden und dem Minister-  
präsidenten Poincaré die Verantwortung für die Zukunft  
überlassen werde. Diese Meldung beruht, wie uns von  
unverrichteter Seite mitgeteilt wird, auf einem Mißver-  
ständnis. Eine Verbalnote zur Ueberreichung an die  
fremden Regierungen ist an die deutschen Missionen im  
Ausland nicht gesandt worden, wohl aber sind diese be-  
auftragt worden, auf die ernste Lage hinzu-  
weisen.